KIM HONG-JI/REUTERS

Schönrednerin des Regimes ihres Vaters: Südkoreas Regierungschefin Park Geun Hye am 16. Februar 2016 im südkoreanischen Parlament

Diktatorentochter macht mobil

Südkoreas Rechtsregierung unterdrückt die Arbeiterbewegung und verbietet linke Parteien. Zudem kämpft sie für die Durchsetzung eines revisionistischen Geschichtsbildes an den Schulen. **Von Rainer Werning**

An heißen Sommertagen flanieren Touristen gerne in farbenfroher Designerkleidung und mit neuesten Camcordern über den Gwanghwamun-Platz in Südkoreas Hauptstadt Seoul. Die oft gesehene Szenerie fügt sich in das Bild jener koreanischen Idylle ein, das von der Fremdenverkehrszentrale des Landes gezeichnet wird: »In Korea findet man vielfältiges Essen und eine faszinierende traditionelle Kultur. Doch auch moderne Kultur wie Popmusik, Filme und Shoppen findet Anklang bei Touristen. Lassen auch Sie sich von Korea verzaubern!«

Ausgerechnet auf diesem bunten, meist mit ausgelassener Stimmung in Verbindung gebrachten Platz fahren am späten Nachmittag des 14. November 2015 vergitterte Polizeibusse und einsatzbereite Wasserwerfer auf. Der Sprühflüssigkeit der Wasserkanonen wurde Capsaicin als Reizstoff beigemischt, das auch als Bestandteil von Pfefferspray Verwendung findet. Es kann zur Schwellung der Schleimhäute und zum sofortigen Schließen der Augenlider für mehrere Minuten führen. Ein harter Kern unter den rund 130.000 Demonstranten, die sich zuvor eingefunden haben, ist in Erwartung der Konfrontation nicht nur mit Regenmänteln und Atemschutzmasken ausgestattet, sondern auch mit Bambus- oder Metallstöcken und Steinen. Die Atmosphäre erinnerte an Szenen, die in den Jahren 1986 und 1987 nahezu alltäglich waren: Die beiden Jahre markierten den Beginn der landesweiten Demokratiebewegung. Häufig war es damals zu Knüppelorgien einer verunsicherten Staatsmacht gegen aufbegehrende Bürger gekommen.

Gewalt gegen Demonstranten

Baek Nam Gi, ein Bauer aus der Provinz Süd-Jeolla, wird später von anderen Demonstranten verletzt aus der Menschenmenge herausgetragen. Kurz zuvor war der 69jährige durch den gezielten Strahl eines Wasserwerfers zu Boden geschleudert worden. Der bewusstlose Mann muss ins Krankenhaus eingeliefert werden. Normalerweise sehen die Richtlinien für die südkoreanische Polizei drei Stufen des Einsatzes von Wasserwerfern vor: erst ein Sprüheinsatz, dann Steilfeuer in hohem Bogen nach oben, und wenn das nichts nützt, darf der Wasserstrahl auf den unteren Körperbereich gerichtet werden. An jenem Novembertag aber zielen die Polizisten laut Augenzeugen unter Missachtung aller Regeln direkt auf den Kopf von Baek, selbst als dieser schon am Boden liegt. Beherzte Helfer werden ihrerseits von den Wasserwerfern ins Visier genommen.

In- und ausländische Medien berichteten daraufhin über den martialischen Großeinsatz der Sicherheitskräfte. Seit 2008 hatte die Hauptstadt keine Straßenproteste dieser Größenordnung mehr erlebt. Während damals vor allem Bauern gegen die Wiederaufnahme von Rindfleischimporten aus den USA auf die Barrikaden gingen, hatten diesmal Gewerkschaften, Arbeiter-, Bauern- und Lehrerverbände sowie zivilgesellschaftliche Vereinigungen gemeinsam gegen die Politik der konservativen Regierung unter Präsidentin Park Geun Hye mobilisiert. Die Tochter des ehemaligen Militärdiktators Park Chung Hee regiert das Land seit 2008 und hat innen- wie außenpolitisch eine deutliche Rechtswende – und damit eine Abkehr von der Politik ihrer liberalen Amtsvorgänger – eingeleitet. Die regierungskritischen Proteste richteten sich gegen ihren unternehmerfreundlichen Kurs sowie gegen den gemeinsamen Militäroperationsplan Südkoreas und der USA. Jener »Operations Plan 5015« formuliert eine Präventivschlagstrategie gegen Nordkorea. Auch gegen das Freihandelsabkommen mit China machten die Demonstranten Front. Sie beklagten zudem politische Einschüchterung und Gängelung und kritisierten die Entscheidung, die Geschichtsbücher für den Mittel- und Oberstufenunterricht umzuschreiben und ab Frühjahr 2017 ein einheitliches »korrektes Geschichtslehrbuch« in den Schulen einzuführen.

Gewerkschafter als »Staatsfeinde«

Das Verfolgungsinteresse der Staatsmacht richtete sich im Zuge der Demonstration auch gegen den Präsidenten des kämpferischen Gewerkschaftsdachverbands Korean Confederation of Trade Unions (KCTU), Han Sang Gyun. Als Initiatoren auch ungenehmigter Proteste hatten Han und seine Mitstreiter es mehrfach geschafft, die Regierung herauszufordern und die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in der Gesellschaft anzuprangern. Polizisten in Zivil versuchten am 14. November, Han festzunehmen. Er fand jedoch Schutz in einem nahegelegenen Gebäude, um kurz darauf wieder mitten in der Menge aufzutauchen und zum Marsch auf das Blaue Haus, den Amtssitz der Präsidentin, aufzurufen. Danach fand der Gesuchte drei Wochen lang Unterschlupf in einem buddhistischen Tempel im Stadtzentrum von Seoul, bevor er sich nach weiteren Großkundgebungen gegen die Regierung und Razzien gegen Büros der KCTU schließlich der Polizei stellte. Man warf ihm vor, gewalttätige Proteste angezettelt zu haben. Bei seiner Verhaftung am 5. Dezember 2015 betonte der Gewerkschafter jedoch, er habe lediglich verhindern wollen, dass der Kündigungsschutz aufgeweicht werde: »Für die Mächtigen bin ich deshalb der Staatsfeind Nummer eins.« Dem Gewerkschafter droht eine mehrjährige Haftstrafe. »So etwas hat es in Südkorea seit dem Ende der Diktatur nicht mehr gegeben«, schrieb Sung Ilkwon am 7. Januar 2016 in der Monatszeitung *Le Monde diplomatique*: »Während die Präsidentin mit aller Härte gegen politische Gegner vorgeht, verhält sie sich gegenüber den Konzernbossen, die notorisch und im großen Stil Steuern hinterziehen, auffallend nachsichtig.«

Die KCTU steht in der Tradition der Arbeiterkämpfe gegen die von 1961 bis 1979 dauernde Militärdiktatur von Park Chung Hee. Unter seinen Nachfolgern wurde das Land bis Ende der 1980er Jahre weiterhin diktatorisch regiert. Der Dachverband hat heute etwa 700.000 Mitglieder. Immer wieder gelingt es ihm, Zehntausende Menschen zu Protestdemonstrationen zu mobilisieren. Dabei kommt es regelmäßig zu Übergriffen seitens spezieller Greiftrupps und Eliteeinheiten der Polizei. Der Widerstand der KCTU richtet sich unter anderem dagegen, dass die Regierungspolitik immer mehr befristete Arbeitsverhältnisse mit geringerer Entlohnung und weniger Sozialleistungen hervorbringt. Während die Regierung behauptet, auf diese Weise mehr Anreize für Neueinstellungen zu schaffen und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Südkoreas zu sichern, beklagt die KCTU, dass junge Arbeitssuchende und Stammbelegschaften bewusst gegeneinander ausgespielt werden und die Zahl prekär Beschäftigter rapide wächst. Der Staat schreckt unterdessen nicht davor zurück, »illegale« Streiks drakonisch zu ahnden. Verhängt werden hohe Haftstrafen, oder es werden überzogene Schadensersatzforderungen gestellt – wie im Jahre 2009 beim Automobilhersteller Ssang Yong Motor, als umgerechnet etwa drei Millionen Euro gezahlt werden sollten.

Aus den Büchern, aus dem Sinn?

Abseits des staatlichen Angriffs auf die Rechte der lohnabhängig Beschäftigten sorgt vor allem das Vorhaben für Entrüstung, die in Schulen benutzten Geschichtsbücher einer »kritischen« Prüfung zu unterziehen und bis Ende des laufenden Jahres »Alternativen« zu entwickeln. Bereits im Frühjahr 2017 soll dann lediglich nur noch ein staatlich verordnetes Lehrbuch für Geschichte im Unterricht eingesetzt werden. Für zusätzliche Kritik sorgt zudem eine neue Verordnung, dass Geschichte fortan obligatorisches Prüfungsfach an den Schulen sein soll.

Im konfuzianisch geprägten Korea sind Bildung, Prestige, Titel und Namen von herausragender Bedeutung. Als Gralshüter der Bildung gelten zuvorderst die Eliteuniversitäten – allen voran die Seoul National University (SNU). Dass ausgerechnet dort eine kritische Denkschrift entstand, unterstreicht, wie aufgewühlt die Debatte über den Demokratisierungsprozess in Südkorea und die Zukunft des Landes geführt wird. Am 2. September 2015 ließ es sich Professor Oh Soo Chang nicht nehmen, dem Bildungsminister eine mit 34 weiteren Unterschriften von SNU-Kollegen versehene Kritik an den Regierungsplänen vorzutragen. Eine Zustellung auf dem normalen Postweg wäre zu profan gewesen, so dass man sich statt dessen dazu entschloss, das Schriftstück vor dem zentralen Regierungsgebäude zu verlesen.

In dem Manifest mit dem zurückhaltenden Titel »Eine Meinung für den Bildungsminister Hwang Woo Yea« heißt es: »Das Ansinnen der Erarbeitung eines einheitlichen Geschichtsbuches wurde weitgehend von der gegenwärtigen Administration unter der Regierungspartei vorangetrieben. (…) Eine solche Debatte unter Politikern steht nicht im Einklang mit dem Gedanken

Kampf für Arbeitermacht: Vorstandsmitglieder des Gewerkschaftsbunds KCTU bei einer Demonstration am 1. Mai 2011 in Seoul

TRUTH LEEM/REUTERS

der Verfassung, welche die Unabhängigkeit, die Sachkunde und die politische Neutralität in der Bildung vorsieht. (…) Sollte die Regierung unter Park Geun Hye ein einheitliches, staatlich erstelltes Geschichtsbuch herausgeben, werden wir eine großangelegte Kampagne des zivilen Ungehorsams starten, um die Werte und die Ehre einer demokratischen Republik zu erhalten.«

Am 20. November 2015 meldete dann der öffentlich-rechtliche Sender *KBS*: »Die katholische Bischofskonferenz Koreas hat die Regierung aufgefordert, die Einführung von unter staatlicher Regie verfassten Geschichtsschulbüchern aufzugeben und erneut die Diskussion über das Thema aufzunehmen. Trotz der stetigen Kritik von Historikern und Bürgern treibe die Regierung die Einführung inhaltlich vom Staat festgelegter Schulbücher für Geschichte eilig voran, hieß es in einer Erklärung des Komitees für Gerechtigkeit und Frieden der Bischofskonferenz. Regierung und Regierungspartei wollen jene Bürger, die sich gegen das Vorhaben aussprechen, aus ideologischen Gründen angreifen. Sie würden als Linke oder als Anhänger Nordkoreas bezeichnet. Die Regierung, die eigentlich zur Einheit beitragen sollte, sorge auf diese Weise für die Spaltung der öffentlichen Meinung, kritisierte das Komitee.«

Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits mehr als 60.000 Südkoreaner eine Petition gegen die Regierungspläne unterschrieben. Unter ihnen befanden sich auch Hunderte Geschichtsprofessoren, die ankündigten, nicht als Autoren für das neue Lehrwerk zur Verfügung zu stehen. Der Verband für moderne und zeitgenössische Geschichte Koreas, in dem über 500 Forscher organisiert sind, sowie Geschichtsprofessoren der Universitäten Sungkyunkwan, Chung Ang, Yonsei und Busan bekräftigten ebenfalls ihre Ablehnung. Einige der Professoren trugen Banner mit der Aufschrift »Ein Land, das unterschiedliche Meinungen und Ideen unterdrückt, hat keine Zukunft« und »Die Regierung soll regieren und keine Textbücher verfassen!«

Antikommunistischer Furor

Seit der Staatsgründung der Republik Korea (Südkorea) im Jahre 1948 waren das Verfassen und Herausgeben von Schulbüchern meist eine Domäne des Staates. Park Chung Hee führte 1974 schließlich ein rigides Staatsmonopol ein. »Zwei Jahre zuvor«, schrieb Sung Ilkwon in seinem Artikel für *Le Monde diplomatique*, »hatte er bereits die ›Yushin-Verfassung‹ verabschiedet, die seine Alleinherrschaft festigte und die Befristung der Amtszeit des Präsidenten aufhob. Nach der ›Erneuerung von 1972‹, wie der propagandistische Name dafür lautete, dienten die Lehrbücher vor allem der Glorifizierung des Präsidenten. Nach dem Ende der Diktatur kehrte Südkorea zu einem pluralistischen System zurück und damit zu einer Vielfalt, die die Präsidentin nun wieder unterdrükken will. Ihr Vorgänger, Lee Myung Bak, hatte bereits 2008 ein ›alternatives Lehrwerk über die neue und neueste Geschichte Koreas‹ in Auftrag gegeben, in dem unter anderem behauptet wurde, die japanische Besatzung (von 1910 bis 1945) habe die ›Modernisierung Koreas‹ erst ermöglicht, und den Familienkonzernen (Jaebols) verdanke man ›die Industrialisierung des Landes‹«.

Das 2002 unter der Regierung des Liberalen Kim Dae Jung eingeführte pluralistische System, wonach sich Verlage mit eigenen Geschichtsbüchern frei am offiziellen Zulassungs- und Prüfungsverfahren unter der Ägide des Bildungsministeriums beziehungsweise des ihm untergeordneten Nationalen Instituts für Koreanische Geschichte (NIKH) beteiligen können, war zweifellos eine der Errungenschaften der Demokratiebewegung. Der Friedensnobelpreisträger Kim Dae Jung galt in der Spätphase der Diktatur als Staatsfeind Nummer eins. Seine Amtszeit (1998–2003) und die seines Nachfolgers Roo Moh Hyun (2003–2008) gingen zudem als Dekade der auf gegenseitigen Respekt und Austausch zwischen Nord- und Südkorea gerichteten »Sonnenscheinpolitik« in die Geschichte ein. Mit der Regierungsübernahme der politischen Rechten verschärfte Seoul seine Tonart gegenüber Pjöngjang. Der Kurswechsel wurde mit einer »gefährlichen und irrationalen Politik« der nordkoreanischen Führung begründet.

Ein zunehmender antikommunistischer Furor gipfelte schließlich im Verbot und der Auflösung der linken Vereinigten Progressiven Partei (UPP) durch das Verfassungsgericht am 19. Dezember 2014. Die Prinzipien und Aktivitäten der Partei seien mit der demokratischen Grundordnung Südkoreas unvereinbar, hieß es in der Begründung. Ihren fünf Parlamentsabgeordneten wurde mit sofortiger Wirkung das Mandat aberkannt. Die UPP, befanden die Richter, verfolge insgeheim das Ziel, in Südkorea einen Sozialismus nach nordkoreanischem Vorbild einzuführen. Die Beschuldigten hingegen beteuerten, man verfolge lediglich eine Politik der Aussöhnung mit dem Norden. Amnesty International kritisierte den Beschluss der Verfassungsrichter. Dieser, so warnte die Forschungsleiterin der Menschenrechtsorganisation für Ostasien, Roseann Rife, könne »abschreckende Folgen für die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit« haben. Auf der alljährlich von der Organisation Reporter ohne Grenzen publizierten Rangliste der Pressefreiheit in 180 Staaten sackte Südkorea 2015 auf Platz 70 ab. Im Jahr 2006 war das Land noch auf Platz 31 geführt worden.

Markiger Geschichtsrevisionismus

2014 waren vom Bildungsministerium insgesamt acht Schulbücher für den Geschichtsunterricht an Mittel- und Oberschulen des Landes zugelassen. Darunter war auch ein Lehrbuch des Verlags Kyohaksa, das die Kontroverse über die Inhalte und Bedeutung der Vermittlung von Geschichte an den Schulen zusätzlich befeuerte. In dem inkriminierten Werk werden kontrovers diskutierte Eckdaten der Geschichte nahezu durchgängig falsch dargestellt. Die bleierne Zeit der japanischen Kolonialherrschaft wird schöngeredet, und die von der Kaiserlich Japanischen Armee als Zwangsprostituierte in den Armeebordellen herangezogenen Frauen und Mädchen sollen größtenteils einvernehmlich mit den Besatzern gehandelt haben. Südkoreas erster Präsident Rhee Syng Man, ein von der US-amerikanischen Militärregierung eingesetzter Mann, wird als heldenhafter Widersacher Nordkoreas porträtiert, und Park Chung Hees Militärdiktatur gilt als Schwungrad der wirtschaftlichen Entwicklung im Süden.

Das Werk zeichnete sich zudem auch dadurch aus, dass es in den Schulen des Landes kaum nachgefragt wurde. Die rechtskonservativen Medien, allen voran die beiden Zeitungen *Joongang Ilbo* und *Chosun Ilbo*, machten dafür »linke« Kräfte verantwortlich. Diese würden Druck auf Lehrer, Eltern und Schüler ausüben und alles daran setzen, Jugendlichen ein »antisüdkoreanisches Geschichtsbild« einzutrichtern. Während die liberale Tageszeitung *The Hankyoreh* in ihrer Ausgabe vom 2. Januar 2014 das Kyohaksa-Textbuch schlichtweg als »Schande« bezeichnete, gingen Mitglieder der regierenden, rechtskonservativen Saenuri-Partei in die Offensive und beklagten, dass die Geschichtsbücher der anderen sieben Verlage eine »negative Geschichtsauffassung« vermittelten. Daher sei es dringend geboten, dass der Staat künftig ein einheitliches »korrektes Lehrbuch« zur Verfügung stelle.

»Wenn man die Geschichte nicht korrekt lehrt, erkrankt der Verstand«, assistierte die Präsidentin ihren Parteikollegen auf der Sitzung des Ministerrats am 10. November 2015. Drei Wochen zuvor hatte Park im Parlament angekündigt, eine Kommission zu bilden, deren Mitglieder sie persönlich auswähle und damit betraue, ein autorisiertes »korrekte Lehrbuch« zu verfassen und ab Frühjahr 2017 zur einzigen Pflichtlektüre im Geschichtsunterricht zu machen. Es gehe ihr um eine »richtige Darstellung der Vergangenheit« und die Korrektur der »verzerrten, linksgerichteten« Auffassungen, die Nordkorea glorifizieren und die Errungenschaften des Kapitalismus im Süden diskreditieren würden. Ferner äußerte Park die Sorge, die gegenwärtigen Geschichtsbücher vermittelten den Jugendlichen falsche Werte und unterschätzten den Ernst und die Konsequenzen nordkoreanischer Provokationen. So sei die Schuld am Ausbruch des Koreakrieges in den anderen sieben Geschichtsbüchern nicht allein dem Norden angelastet worden.

Ob den Rechtskonservativen unter Führung von Präsidentin Park der Durchmarsch gelingt und sie somit auch die Deutungshoheit über die Geschichte erreichen, bleibt abzuwarten. Zumindest parlamentarisch musste die Saenuri-Partei bei den letzten Wahlen im April eine Schlappe hinnehmen. Verfügte sie zuvor mit 157 Sitzen über die Mehrheit im 300köpfigen Parlament, vermochten die beiden Oppositionsparteien, die Minjoo-Partei Koreas (MPK) und die Volkspartei, ihren Stimmenanteil auf 123 beziehungsweise 38 zu erhöhen, während Saenuri nurmehr 122 Sitze verbleiben. Gelänge es der Opposition inner- und außerhalb des Parlaments, ihren Einfluss zu nutzen und die Schulbuch-Gegenreform abzuwenden, wäre das zumindest ein Teilerfolg.

■ Rainer Werning ist Politikwissenschaftler und Publizist mit den Schwerpunkten Ost- und Südostasien. Er schrieb zuletzt auf diesen Seiten am 7./8. Mai 2016 über den Präsidentschaftswahlkampf in den Philippinen.

■ **Lesen Sie morgen auf den *jW*-Themaseiten:**

Lohn und Religion. Zum Arbeiteraufstand in Poznan 1956

Von Reinhard Lauterbach